

Oder doch wieder Schwarz-Gelb? Oder gar die Fortsetzung der Großen Koalition?

Fest steht derzeit nur eins: Dreimal nacheinander – 2005, 2009 und 2013 – hat es für die drei potenziell linken Parteien zu einer gemeinsamen Regierung nicht gereicht. Und das, so die Paradoxie, zweimal, 2005 und 2013, obwohl sie rein rechnerisch zusammen hätten regieren können.

Doch eine arithmetische Mehrheit ist eben noch lange keine gesellschaftliche und damit politisch umsetzbare Mehrheit. In den nächsten Jahren wird sich zeigen müssen, ob 2017 eine solche zustande kommt und damit für SPD, Linkspartei und Grüne eine linksreformerische Politikwende möglich ist. Momentan spricht allerdings fast nichts dafür.



Albrecht von Lucke

ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

Gero Neugebauer

Cui bono?

Rot-rot-grüne Träume zerplatzen an der Realität

Ein Gespenst geht um in Deutschland: SPD und Bündnisgrüne schließen eine Koalition mit der Partei DIE LINKE (Linkspartei, LP) nicht mehr kategorisch aus. Oder wurde es schon wieder verscheucht? Erst wird die LP im Wahlkampf aus Koalitionsüberlegungen ausgeschlossen. Danach signalisiert Sigmar Gabriel, es könne in der Zukunft eine solche Koalition geben. Das löst in der Linkspartei Kontroversen zwischen Positionen wie »Warum nicht?« bis hin zu »Niemals, und wenn, dann nur zu unseren Bedingungen!« aus. Die LP-Vorsitzende Katja Kipping bietet der SPD die Kooperation an, falls die Große Koalition scheitern sollte. Das bringt ihr Schelte aus den eigenen Reihen ein. Ein Indiz dafür, dass, wie in der SPD, in dieser Frage innerparteilich Differenzen bestehen. Zugleich irritiert die Ankündigung aus der SPD, Merkel »müsse weg«, Teile der SPD und deren Koalitionspartner, die Union.

Kaum hatte die SPD am Kabinetttisch Platz genommen, wurden die Gedanken-

spiele mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert. Die Stellungnahme von Gregor Gysi zur Krim-Krise veranlasste die als pragmatisch geltenden Netzwerker der SPD, ihn wieder aus-, aber Putin auch nicht einzuladen. So pragmatisch sind sie nun auch wieder nicht. Sahra Wagenknecht wollte wohl kaum an ihre frühere Haltung zu Stalin und den Sowjetsozialismus erinnern, als sie die SPD-Position abbürstete. Zugleich irritierten Altvordere der SPD wie Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder als »Putinverstehler« den in Handlungsnot befindlichen Frank-Walter Steinmeier.

Wer nach der Wahl noch gemeint hatte, die schmale rot-rot-grüne Mehrheit würde für eine Koalition reichen, sah sich durch das Verhalten in der LP-Fraktion bei der Abstimmung über die Unterstützung der Vernichtung syrischer Giftgaswaffen (die Bundesmarine stellt zur Transportsicherung ein Kriegsschiff ab) nicht bestätigt. Das Ergebnis (fünf Ja-, 35 Nein-Stimmen, 18 Enthaltungen) sowie die Diskussionen

im Vorfeld – Gysi hatte versucht, die Fraktion auf Enthaltung festzulegen – war eine Bestätigung für die Bedenkenträger. Sie zweifelten daran, dass aus welchen Gründen auch immer eine Koalitionsabsicht formuliert werden dürfte, ohne darüber nachzudenken, ob bereits dadurch die, inzwischen teilweise erheblich reduzierten, Gegensätze zwischen den Parteien als schon überwunden und damit auch innerparteiliche Blockaden gegen eine Koalition, die mehr in der LP als in der SPD vermutet werden, abgeräumt worden wären. Andere meinten, dass damit das Ende des seit 2012 herrschenden Burgfriedens signalisiert werden würde, der in der LP zwischen den Flügeln und Gruppierungen sowie einzelnen Repräsentanten nach der Brandrede von Gregor Gysi auf dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 und der Wahl einer neuen, inzwischen als sakrosankt geltenden Parteiführung stillschweigend verabredet worden war. Er hatte den Bundestagswahlkampf samt Programmdiskussion weitgehend unbeschädigt überstanden und suggerierte, dass die Partei befriedet sei.

Nun stehen sowohl Veränderungen in der zweiten Reihe der Parteiführung, in der eine – nicht mehr? – Trotzkin eine ehemalige Kommunistin ablöst als auch in der Fraktionsspitze an, wo zwei, die Ambitionen auf den Vorsitz haben, ihre Unterstützer suchen. Können dadurch neue Querelen ausgelöst werden? So etwas kann manchen SPD-Genossen das Schein-Alibi liefern, nicht länger mit einer konkurrierenden Partei kommunizieren zu wollen, zumal sie doch mit einer anderen Partei regiere, die in einer komfortableren Position als sie selbst ist – und zudem mit ihr zusammen Dinge realisieren will (Mindestlohn, Rentenreform, Mietpreisbremse), die sie, wenn auch nicht in der »reinen Form«, zwar auch mit der LP hätten umsetzen können, allerdings gegen erheblich größere Widerstände aus Wirtschaft und Politik.

Wahr ist, dass sich die LP in der Fiktion als potenzieller Koalitionspartner von der unterscheidet, die im Bundestag auf der Oppositionsbank sitzt. Ebenso stimmt es, dass sich die LP in ihrer Regierungsarbeit in ostdeutschen Ländern grundsätzlich pragmatisch verhält bzw. verhalten hat. Die Bundestagsfraktion übt sich weiterhin im gewohnten und für manche politische Identität stiftenden »SPD-Bashing«. Mag sein, dass dieses reduziert wird, wenn sie sich darüber sachkundig gemacht hat, welche Schlussfolgerungen sie aus dem Koalitionsvertrag für ihr Agieren ziehen sollte. In dieser Situation fällt es Gegnern der Koalitionsidee in der SPD leicht, auf die innere Verfasstheit der LP zu verweisen und zu erklären, dass sie weder koalitionsfähig noch überhaupt koalitionswillig sei. Befürworter dagegen meinen, das momentane Verhalten spiele dann keine große Rolle mehr, wenn sich in der Führung von Partei und Fraktion erst einmal die Pragmatiker oder Realpolitiker durchgesetzt hätten. Woran ist das aber erkennbar?

Tatsächlich sind Strukturen und Inhalte der politischen Pluralität in der LP als Argumente gegen eine mögliche Koalition mit SPD und Bündnisgrünen nur bedingt geeignet. Zwar konnte bis 2012 von unerklärten Kriegszuständen zwischen divergierenden Strömungen und Ansprüchen auf politische Autonomie durch dieselben sowie von erheblichen Problemen für die innerparteiliche Kultur durch das Nebeneinander von Mitgliedern aus diversen regionalen, sozialen und politischen Milieus mit unterschiedlichen parteikulturellen Traditionen und Erwartungen gesprochen werden. Die Träger der Auseinandersetzungen zwischen diversen Flügeln, Strömungen und Grüppchen, ob nun Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke, Forum Demokratischer Sozialismus, Emanzipierte Linke oder Marx 21, Geraer Dialog, Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum sind dem Verfassungsschutz zwar

nicht egal, aber auch nicht zentral. Was intern diskutiert wird, verbleibt in den Dunstkreisen von Wärmestuben und löst keine effektive politische Mobilisierung aus. Hat sich beispielsweise die Vorstellung der Kommunistischen Plattform, dass die Beseitigung (Überwindung) des Kapitalismus in Deutschland durch eine konsequente Anwendung der Art. 14 und 15 GG möglich sei, wirksam verbreitet? Zwar sind aus den internen Turbulenzen entstandene Probleme noch gegenwärtig, sie bieten jedoch nur noch ein reduziertes Potenzial für Krisen. Ein Grundkonflikt, ob die Partei nun »Systemopposition« oder »Reformalternative« sein sollte, ist entschärft. Bei der Frage nach Regierungsbeteiligungen wollen zwar manche noch den Preis hochtreiben, aber dennoch mitmachen. Dann – last but not least – werden die westdeutschen Landesverbände bei den Delegiertenzahlen nicht mehr begünstigt.

Die Folgen davon zeigten sich bei der Nominierung der Kandidaten für die Europawahl. Und schließlich geht es um die eigene Perspektive. Etliche Eliten sind zu der Erkenntnis gelangt, dass es sich zwischen Einladungen zu Talkrunden und Vorträgen auf der einen sowie Dienstreisen und Plenardebatten auf der anderen Seite letztlich besser leben lässt als im politischen Off, ohne Macht und Einfluss, ohne Büro und Hilfskräfte und gelegentlich auch ohne Job und mit wenig Geld. Pragmatisch zu werden heißt ja nicht, pseudo-revolutionäre oder verbal radikale Protestrhetorik aufzugeben, sondern stillschweigend anzuerkennen, dass die eigene politische Potenz nicht ausreicht, allein Veränderungen zu erreichen.

Selbst wenn man stolz darauf ist, andere mit Forderungen gedrängt zu haben, ist man enttäuscht, wenn diese dann die Früchte ernten. Wer einst beim Mindestlohn die eigene Forderung von 10 Euro pro Stunde als unverzichtbar erklärt hat, kann zwar gegen die vorgeschlagene Regelung opponieren, aber wird doch resigniert

feststellen müssen, dass ihm nicht nur ein Thema aus der Hand genommen worden ist, sondern auch der ehemalige Verbündete DGB sich an die Seite der SPD gesellt hat. Resignation wird auch dann erkennbar, wenn bei Themen in den Politikfeldern Arbeitsmarkt und Rente der SPD zugestanden wird, sie gehe in die richtige Richtung, allerdings im falschem Tempo oder Schrittmaß.

Eine Koalition der SPD mit Bündnisgrünen und Linkspartei nach 2017 braucht neben anderen Dingen eine Mehrheit der Mandate. Kann auf eine starke LP gehofft werden? Deren Absturz von 11,9 auf 8,6% am Ende einer Periode, in der die Partei Verluste in den meisten Landtagswahlen erlitt, sowie der Verlust von rund 18% der Mitglieder zwischen 2009 und 2012 sind Indizien für ihre schwächer gewordene Verankerung in der Gesellschaft. Eine Trendwende ist nicht in Sicht: Im Osten ist die Mitgliedschaft überaltert, im Westen nicht beständig; Frauen und Jugendliche sind unterrepräsentiert. Die Organisationsdichte nimmt ab, die Partei ist vor allem im Westen in der Fläche kaum vorhanden und die Arbeitsfähigkeit leidet unter den Verlusten an Mandaten wie an Mitgliedern.

Verankerung in der Gesellschaft ist schwächer geworden

Die Folgen sind geringere Einnahmen durch fehlende Beiträge und geringere staatliche Zuschüsse zu Beiträgen und Spenden – der Verlust von rund 1,4 Millionen Zweitstimmen gegenüber 2009 beschert ihr ein jährliches Minus von rund 980.000 Euro. Dazu kommen geringere politische Ressourcen und Mobilisierungspotenziale sowie, von der Bundesebene abgesehen, eine karge Medienaufmerksamkeit. Kann die LP Stärke und Attraktivität mit Themen gewinnen und so zur Koalitionspartnerin aufsteigen? Der Titel: »Größte Oppositionspartei« schmückt nur äußerlich. Mehr als Aufmerksamkeit bringt er nicht.

Von der Opposition werden Kontrolle

der Regierung, Kritik ihrer Politik und Alternativen dazu erwartet. Die ersten sechs Monate der Fraktion bieten weniger Anlass für Hoffnungen denn für etliche Zweifel. Die Erwartung, die LP könnte mit dem Rückzug der SPD aus dem linken Spektrum in ein Vakuum eindringen, erfüllte sich zwar 2005 und 2009, als die rot-grünen Reformen in der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik der Partei Themen bescherten und neue Wähler zuführten. Nach 2009 kamen sowohl die Einsicht, dass die SPD in der Opposition die Chancen der Linkspartei einschränkte, wie die Erkenntnis, dass aus verschiedenen mobilisierenden Themen durch Aktivitäten der SPD wie auch der Union («Mindestlohn») die Luft raus war, zu spät. Zweifel an der neuen Stärke werden auch dadurch genährt, dass die LP, der die Wähler im Vergleich zu 2009 im Wahljahr 2013 in etlichen Feldern weniger Kompetenz zugesprochen haben, bislang wenig inhaltlich über neue Herausforderungen diskutiert. Verzichtet sie darauf Themen zu finden, mit denen sie das Vakuum auffüllen, Eigenständigkeit demonstrieren und neue Anhänger mobilisieren könnte? Oder fürchtet sie, dass es diese Themen nicht gibt – und wenn, dass sie sich diese aus diversen Gründen nicht oder nur unzureichend aneignen kann?

Gemeinsamkeiten oder Schnittmengen zwischen SPD und LP können im Parteiprogramm wie im Wahlprogramm der Linkspartei bei Themen gefunden werden, die Möglichkeiten zu Kooperationen bieten. Manche in der LP sehen in gemeinsamen

Projekten eine Perspektive und zugleich die Gelegenheit, mit Blick auf das Jahr 2017 die eigenen Kompetenzen und die der Partei zu entwickeln. Die SPD als Koalitionspartner der Union wird es sich jedoch nicht leisten können, in dieser Hinsicht offensiv zu werden. Das kann sie nur externen Akteuren überlassen. Und in der LP ist bislang nicht erkennbar, dass die relevanten Akteure in der Partei überhaupt schon damit begonnen hätten, systematisch die Entwicklung eines Prozesses einzuleiten, in dem sie über das Tagesgeschäft hinaus reichende strategische politische Ziele formulieren und zugleich sowohl über die zu ihrer Umsetzung erforderlichen Wege und Mittel als auch über die notwendigen Ressourcen nachdenken. Damit fehlen wichtige Voraussetzungen für dauerhafte politische Erfolge, die die Politik der Partei nachhaltig wirksam und die Partei stärker werden lassen und sie zudem als potenziellen Koalitionspartner ausweisen könnten.

Warum also sollte sich die SPD, die selbst den Nachweis größerer Stärke führen müsste, jetzt mehr tun als abzuwarten und die LINKE kommen zu lassen? Wenn sich dann doch mal ein Seeheimer mit einer Antikapitalistin bei Lübzer Pils und Riesling aus Rheinhessen zum Plausch trifft, muss das niemanden beunruhigen. Unruhe dürfte spätestens dann eintreten, wenn die Bündnisgrünen, die – wie die SPD – die Union nicht als künftigen Koalitionspartner ausschließen wollen, anfangen, dieser Avancen zu machen. Na dann Prost!

Wichtige Voraussetzungen fehlen



Gero Neugebauer

ist Politikwissenschaftler und lehrt am Otto-Stammer-Zentrum der FU Berlin. 2007 erschien seine Studie *Politische Milieus in Deutschland*.

gerosofo@zedat.fu-berlin.de